

Pressemitteilung



Nr. 37/17 vom 25.09.2017

Sperrfrist: keine

Anzahl der Anschläge: 2.702

Abrufbar unter: www.gdw.de

Wohnungswirtschaft fordert nach Bundestagswahl Vorfahrt für bezahlbares Wohnen und Bauen

10 **Berlin** – Am Tag nach der Bundestagswahl appelliert der Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW an die Parteien, zügig den Wahlkampf hinter sich zu lassen und die aktuellen Herausforderungen auf den Wohnungsmärkten anzugehen. „Die Bedeutung des Wohnens muss sich jetzt nach der Wahl in der konkreten Politik deutlich stärker wiederfinden, als es in den Wahlkampagnen der Fall war. Eine ausgefeilte Strategie für mehr bezahlbares Wohnen und Bauen liegt bereits vor. Die konstruktive Bündnis-Arbeit auf Bundesebene muss auch in den kommenden vier Jahren fortgesetzt werden. Die Umsetzung der Bündnis-Ergebnisse muss jetzt an allererster Stelle stehen“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW.

„Es ist an der Zeit, dass Bauen und Wohnen in Deutschland endlich Chefsache werden. Für die Lösung der großen Herausforderungen wie Energiewende, Integration und Digitalisierung brauchen wir ein eigenes starkes Ministerium mit politischem Gewicht, das die Bereiche Bauen, Wohnen, Stadt- und Landentwicklung, Raumordnung, Energieeffizienz, Klimaschutz, digitale Infrastruktur und Smart City umfasst“, so der GdW-Chef. Denn die letzte Legislaturperiode habe gezeigt, dass die Wohnungspolitik häufig zwischen den anderen Themenfeldern aufgerieben wird.

20 Was der deutsche Wohnungsmarkt am dringendsten benötigt, sind mehr und vor allem bezahlbare Grundstücke, weniger Normen und Regulierung, eine Abkehr von der Preisspirale bei der Grund- und Grunderwerbsteuer sowie auch nach 2019 eine finanzielle Mitzuständigkeit des Bundes für den sozialen Wohnungsbau. Zudem muss der Blick über die Stadtgrenzen hinausgehen, denn allein in den großen Städten können die Herausforderungen nicht zeitgerecht für die Wohnungssuchenden gelöst werden. „Stadt und Land – diese Diskussion muss nach der Bundestagswahl intensiviert und die Förderprogramme müssen entsprechend angepasst beziehungsweise ergänzt werden“, so Gedaschko.

„Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft hat eine zentrale Bedeutung für die deutsche Gesellschaft und Volkswirtschaft“, erklärte Gedaschko. Sie braucht stabile Rahmenbedingungen, um bezahlbaren und guten Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung sichern zu können.

30 Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW hat einen Fahrplan für eine neue Wohnungspolitik vorgelegt und appelliert an die Parteien, diesen bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen zu berücksichtigen:

Die „14 Punkte für eine neue Wohnungspolitik“ des GdW finden Sie [hier](#).

Die Bewertung der wichtigsten Punkte der Wohnungspolitik in den Wahlprogrammen zum Download finden Sie [hier](#).

40 Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.